

## Mehr Transparenz in der Umverteilungsdebatte

### Steuersystem ist Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft

Gegenwärtig wird über Steuererhöhungen diskutiert. Dem defizitären Staatshaushalt soll mehr Einnahmen zugeführt werden. Steuererhöhungen werden aber auch in Zusammenhang mit einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung gebracht. Die Diskussion ist nicht neu. Alle Parteien bekennen sich zu diesen Zielen der Steuerpolitik.

Dass der Staat Steuereinnahmen zur Erfüllung unmittelbarer staatlicher Aufgaben braucht, steht außer Frage. Je nach politischer Zielrichtung können die staatlichen Aufgaben auch

ausgeweitet werden. Damit steigt der Bedarf an Steuereinnahmen.

Eine von keiner politischen Richtung bestrittene Zielsetzung ist eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung im Rahmen der Wirtschaftspolitik. Dies ist Ausfluss unserer Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat praktiziert einen sozialen Ausgleich, um einkommensschwache Haushalte zu unterstützen. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Instrumente des sozialen Ausgleichs sind das Steuersystem und die Sozialhilfe.

Ein Instrument zur Zielerreichung ist die verstärkte Besteuerung höherer Einkommen. Das unter diesem Gesichtspunkt eingenommene Steuergeld verteilt der Staat an sozial Schwache. Eine gerechte Einkommensverteilung wird aber nicht nur unter dem Wertebegriff der Gerechtigkeit gesehen. Auch der Wert Sicherheit spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Denn eine extrem ungleiche Verteilung würde zu Konflikten führen. Jede Form der Sozialleistung stellt automatisch eine Umverteilung dar, da der Staat selbst nicht über eigene Mittel verfügt und jede Leistung, die er

einer Gruppe zur Verfügung stellt, letztlich nur dadurch finanzieren kann, dass er eine andere Gruppe besteuert.

Die deutsche Einkommensbesteuerung gilt als besonders stark umverteilend. Die mittleren Einkommenschichten werden dabei übermäßig stark belastet. Hierfür hat sich im Sprachgebrauch das Wort vom Mittelstandsbauch gebildet.

Im Gegensatz zu vielen europäischen Nachbarn wendet Deutschland eine mehrstufige Progressionsformel mit stetig steigendem Steuersatz beim Einkommensteuertarif an.

Die Mehrwertsteuer wirkt hingegen in anderer Richtung. Bezieher von geringeren Einkommen konsumieren den Großteil ihres Einkommens. Damit ist die Belastung mit Mehrwertsteuer verbunden. Die Bezieher von höheren Einkommen können mehr sparen. Insoweit entsteht keine Mehrwertsteuerbelastung. Mit steigendem Einkommen sinkt also die Mehrwertsteuerbelastung bei den privaten Haushalten. Um auch bei der Mehrwertsteuer einen sozialen Ausgleich zu haben, werden die Güter des täglichen Bedarfs nur mit sieben statt mit neunzehn Prozent Mehrwertsteuer belegt. Die Belastungswirkung der Steuer ist also im unteren Einkommensbereich geringer.

Wegen der mangelhaften Transparenz des Besteuerungs- und des Verteilungssystems für Sozialleistungen fühlt sich jeder als Verlierer. Bevor über Steuererhöhungen oder Steuersenkungen diskutiert wird, muss mehr Durchsichtigkeit von der Politik vermittelt werden. Schließlich sollen alle Gesellschaftsgruppen die Soziale Marktwirtschaft tragen und weiterentwickeln.

Reinhard Hühn (HA/df)

